

# FRIEDENS JOURNAL



## Die Rückkehr des Krieges in die Politik



- Libyen und Syrien: Das Ende des arabischen Frühlings
- Krieg als Totalangriff auf das Völkerrecht
- Neue Konflikte durch Verlust der westlichen Dominanz
- Bedroht das iranische Atomprogramm den Weltfrieden?
- Gesellschaftliche Initiativen für Politik statt Krieg
- Friedensratschlag: Friedenspolitische Schwerpunkte 2013

Herausgeber:  
Bundesausschuss Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2013/Nr. **1**

## Inhalt

## SCHWERPUNKT

Libyen und Syrien: Das Ende des arabischen Frühlings	3
Krieg als Totalangriff auf das Völkerrecht	6
Das Atomprogramm des Iran – Eine Bedrohung für den Weltfrieden?	10

## INTERVIEW

Neue Konflikte durch Verlust der westlichen Dominanz	8
--	---

## FRIEDENSBEWEGUNG

Gesellschaftliche Initiativen für Politik statt Krieg	12
Friedensratschlag: Schwerpunkte 2013	14

## RUBRIKEN

Die Bundeswehr auf dem Weg nach Syrien	5
Asien wird USA und Europa bis 2030 überholen	9
Die Staaten an den Verhandlungstisch schubsen	11
Friedensnetz Baden-Württemberg	16

## BILDNACHWEIS

Das Titelfoto zeigt die Situation in Gaza-Stadt Ende 2008 nach den israelischen Bombenangriffen auf Wohnhäuser und die zivile Infrastruktur.

**Quellennachweis Fotos und Grafiken:**

Seite 1: EPD

Seite 3: Wikipedia (Tahrir-Platz am 8.11.2011)

Seite 6, 8, 12: Karl-Heinz Peil

Seite 10: RussiaToday (Screenshot)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.01.2013

Das nächste Friedensjournal erscheint am 09.03.2013

## IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

[www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal](http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal)

ISSN 2193-9233

**Herausgeber:**

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
Tel.: 05 61 / 937 17574  
e-mail: peter.strutynski@gmx.de  
[www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)

**Redaktion:**

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

**Redaktionsanschrift:**

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,  
60329 Frankfurt am Main,  
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951  
e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@gmx.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@gmx.de)

**Bankverbindung:**

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

## Die Rückkehr des Krieges in die Politik

Liebe LeserInnen und Leser,

Der 19. Friedenspolitische Ratsschlag am 1. und 2. Dezember 2012 unter dem Motto „Die Rückkehr des Krieges in die Politik“ war mit fast 400 Teilnehmern sehr gut besucht und bot wie immer eine Vielzahl hoch interessanter Beiträge.

Karin Leukefeld berichtet über den Verlauf der arabischen Revolte, die vor knapp zwei Jahren in Tunesien begann und sich dann wie ein Lauffeuer in Nordafrika und im Nahen Osten ausbreitete. Die persönlichen Eindrücke von den Ereignissen insbesondere auf dem Tahrir-Platz in Kairo, als der Umbruch tagelang Spitz auf Knopf stand, bis Mubarak aus dem Amt gejagt wurde, prägten den ersten Teil ihrer lebendigen Schilderung. Danach sprach sie vom Schicksal der Arabellion, d.h. deren Strangulierung durch die militärischen Interventionen in Libyen und Syrien. Karin Leukefeld gehört zu den wenigen Journalisten, die noch vor Ort in Damaskus und den angrenzenden Regionen sind und das Geschehen hautnah erleben. Die Schlussfolgerungen aus ihren Beobachtungen der Kämpfe sind anderer Art als die der hiesigen Medien. Eine Kurzfassung ihres Redebeitrages ist nachfolgend abgedruckt.

Norman Paech griff in seinem Vortrag das Motto des Friedensratschlags „Die Rückkehr des Krieges in die Politik“ auf und ging auf den „Totalangriff“ der herrschenden Politik und ihrer professionellen Berater auf das Völkerrecht ein. An dieser ideologischen Offensive beteiligen sich zunehmend auch renommierte Völkerrechtler und so manche Einrichtung der etablierten Friedensforschung, die sich unter dem politischen Druck von Drittmittelgebern immer mehr zur Kriegsforschung gewandelt habe. Diesen Beitrag haben wir ebenfalls in dieser Ausgabe auf ein handliches Format verkürzt.

Conrad Schuhler vom Münchner Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (ISW) referierte über „Europa und den globalen Imperialismus heute“. Alle ökonomischen Kennziffern zeigen, dass es die Europäische Union ist, die sich auf dem absteigenden Ast befindet und insbesondere gegenüber Asien, aber auch gegenüber den USA im globalen Wettbewerb Positionen einbüßen wird. Auf solchen Erkenntnissen, die den Herrschenden natürlich auch nicht verborgen

bleiben, beruhen die verschiedenen Bemühungen der EU bzw. ihrer führenden Staaten (worunter die Bundesrepublik Deutschland wiederum eindeutig den Ton angibt), sozusagen zum Ausgleich die politischen und militärischen Machtfaktoren zu stärken. In dieser Ausgabe findet sich ein Interview mit ihm, das beim Friedensratschlag entstanden ist und seine Ausführungen im Vortrag prägnant zusammen fasst.

Die abschließende Podiumsdiskussion unter der Leitung von Sabine Schiffer (Institut für Medienverantwortung) führte ganz unterschiedliche Bewegungen und politische Ansätze zusammen. Wir haben in dieser Ausgabe des Friedensjournals die wichtigsten Aussagen zusammengefasst.

Das neue Jahr beginnt, wie das alte geendet hat: Der Krieg in Syrien geht mit unverminderter Härte weiter, mit der Stationierung von Patriot-Systemen an der türkisch-syrischen Grenze riskieren NATO und Bundesregierung eine Ausweitung des Konflikts, von einem Rückzug aus Afghanistan kann auch in diesem Jahr keine Rede sein, stattdessen bereitet die EU mit Schützenhilfe des UN-Sicherheitsrats ein militärisches Eingreifen in Mali ein - und auf dem Feld der Waffenexporte scheint die Bundesregierung mittlerweile alle Schleusen geöffnet zu haben.

Das ist aber nur ein kleiner Ausschnitt aus den politischen Herausforderungen, mit denen sich die Friedensbewegung auch in diesem Jahr auseinandersetzen muss. Und sie tut das leider nicht aus einer Position der Stärke, sondern eher unter dem Eindruck einer nun schon länger andauernden Mobilisierungsschwäche. Zu deren Behebung, sollen die "Friedenspolitischen Schwerpunkte 2013" beitragen, die wir auf den Seiten 14 und 15 abgedruckt haben.

Der Protest gegen die Münchner "Sicherheitskonferenz" Anfang Februar wird zeigen, dass die Friedens- und antimilitaristische Bewegung den Namen "Bewegung" zu Recht trägt.

Die Redaktion

**In eigener Sache:**

Wir bitten die Leserinnen und Leser um Überweisung des jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 €. Leserinnen und Leser aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

# Libyen und Syrien: Das Ende des arabischen Frühlings

Kurzfassung des Redebeitrages von Karin Leukefeld, Bonn und Damaskus

Am 11. Februar 2011 erhielt ich in Kairo per SMS die Nachricht eines Freundes aus Beirut mit den Worten: „Die Revolution marschiert, ich bin stolz ein Araber zu sein“. Aufbruchstimmung herrschte, Zuversicht. Die Menschen in der Region waren geprägt von Vertrauen in ihre eigene Kraft, das Rad der Geschichte herum-drehen zu können. Die Angst, das Minderwertigkeitsgefühl waren vorbei. Tunesien hatte es vorgemacht, Ägypten stand auf der Schwelle, endlich bewegten sich die Menschen!



Foto: Tahrir-Platz am 8.2.2011

Während ich am späten Nachmittag meine Texte bearbeitete, flimmerte eine Eilmeldung über den Bildschirm. Hosni Mubarak sei zurückgetreten, die Armeeführung werde die Macht übernehmen. 18 Tage hatten Millionen Ägypter diesen Tag herbeigesehnt, fast 1000 Menschen hatten ihr Leben gelassen. Jubel brach über die Stadt herein. Während langsam die Abendsonne im Smog der Millionenstadt versank, tönnten Trommeln und Musik aus allen Ecken, hupende Autokonvois wälzten sich binnen Minuten durch die eben noch leeren Straßen, aus Fenstern und Autodächern wurden ägyptische Fahnen geschwenkt. Der Tyrann war gestürzt, die Revolution hatte absolut gewaltfrei gesiegt. Nur um sich zu verteidigen hatten sie zu Stöcken und Steinen gegriffen, niemand ging mit einer Waffe gegen andere vor. Kein Geschäft wurde geplündert. Das

einzigste Gebäude, das in Flammen aufging, war die Zentrale der Nationalen Demokratischen Partei. Und – auch das ist sehr wichtig - immer hatten die Demonstranten ihre Bereitschaft zum Gespräch erklärt. Niemand aus ihren Reihen wurde als Verräter beschimpft. Die Armee hatte sich – wie in Tunesien – zurückgehalten. Vergleichbares hat es weder in Libyen noch in Syrien gegeben. Die Armee hatte die Demonstranten in Alexandria mit Wasser und Essen versorgt und sich in Kairo zwischen die wütenden Schläger von

Geheim- und Sicherheitsdiensten und Demonstranten postiert. „Volk und Armee Hand in Hand“ hatten die Demonstranten gerufen, sie hatten es gemeinsam geschafft.

## Libyen: Bewaffneter Aufstand anstatt friedlicher Protest

Vergleichbares hat es weder in Libyen noch in Syrien gegeben. Mitte Februar 2011, fast unmittelbar nach dem Rücktritt Mubaraks wurde – von wem eigentlich? - über Internet und Facebook zum Sturz von Muammar Ghaddafi aufgerufen. Ausgangspunkt der Rebellion in Libyen war Bengasi im Osten des Landes. Schnell wurde zu den Waffen gegriffen. Ghaddafi, der zunächst Gespräche angeboten hatte, schlug zurück. Gotteskrieger übernahmen die Führung des Aufstandes gegen Ghaddafi, begleitet von internationalen Medien, die dokumentierten, wie dringend sie Waffen und Schutz

bräuchten, um sich – tatsächlichen oder erfundenen – Angriffen Ghaddafis erwehren zu können.

Die Aufständischen wurden unterstützt von arabischen und europäischen Geheimdienstkräften. Medien sorgten für ein Szenario, vor dem schließlich der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedete – Verantwortung zum Schutz (Responsibility to Protect) - die noch am gleichen Tag den Luftkrieg Frankreichs und Großbritanniens, dann der NATO zur Folge hatte. Die NATO bombte den Aufständischen den Weg nach Tripolis und in den Präsidentenpalast von Muammar Ghaddafi frei, Milizenverbände richteten Massaker an anders Farbigen und anders Denkenden an, worüber nur selten berichtet wurde.

Bis zu 50.000 Menschen wurden in diesem Blitzkrieg getötet. Fast eine Millionen Menschen flohen in die Nachbarländer. Nach mittelalterlicher Manier wurde Muammar Ghaddafi in aller Öffentlichkeit ermordet, sein Leichnam wurde ausgestellt. Nachdem sicher gestellt war, dass die Ölvorkommen Libyens weiter von europäischen und US-Firmen ausgebeutet werden können, folgte ein Machtkampf, der bis heute anhält. Milizen geben ihre Waffen nicht ab und haben – wie Warlords – eigenes Terrain abgesteckt.

## Syrien 2011: Bewaffnete Gruppen nach friedlichen Protesten

Syrien ist mit keinem der nordafrikanischen Staaten zu vergleichen. Nach mehr als 40 Jahren autokratischer Herrschaft der Baath-Partei und eines repressiven Regimes von Sicherheits- und Geheimdiensten - waren politische Oppositionsgruppen und die Zivilgesellschaft schwach entwickelt. Dennoch gelang es - nach dem, was Mitte März den Schulkindern und ihren Eltern in Dera'a angetan worden war – eine Protestbewegung zu organisieren. Sie blieb zwar mehrheitlich für lange Zeit friedlich, doch gab es von Anfang an bewaffnete Gruppen, die die Proteste für eigene Zwecke nutzten. Die Sicherheitskräfte schlu-

gen zurück – andere sagen, sie begannen mit der Gewalt – die Eskalation war vorprogrammiert.

Die Forderungen der gewaltfreien Demonstranten waren moderat. „Respekt und Freiheit“, wirtschaftliche Teilhabe, Aufhebung des Ausnahmezustandes standen im Zentrum. Doch nicht die innersyrische Opposition - die sich auf einer Konferenz Ende Juni 2011 auf gemeinsame Forderungen und ein Vorgehen geeinigt hatte - führte den politischen Prozess. Sie wurden denunziert und bedroht von Oppositionellen aus dem Ausland, allen voran von Vertretern der Syrischen Muslim Bruderschaft. Die gründeten mit Hilfe der Türkei und der USA Ende Juli 2011 die „Freie Syrische Armee“, die sich den Sturz des Regimes auf die Fahnen schrieb. Einen Monat später gründeten sie in Istanbul den „Syrischen Nationalrat“. Keine der Forderungen der innersyrischen Opposition wurden von diesen Gruppen respektiert. Keine von der Regierung eingeleitete Reform wurde akzeptiert, das Angebot eines nationalen Dialogs abgelehnt. Bestärkt wurden diese Auslandskräfte von regionalen und internationalen Machtblöcken, die sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zu den „Freunden Syriens“ zusammenschlossen. Wie in Libyen – eigentlich noch stärker - ergriffen die Medien Partei für diese Auslandsopposition. Bashar al-Assad wurde dämonisiert, ihm wurde ein Ende wie Muammar Ghaddafi angedroht. Jede politische Initiative zur Vermittlung – durch Kofi Annan oder aktuell Lakhdar Brahimi – wurde niedergemacht.

Unterstützt wurde diese Linie von einem unübersichtlichen Gemisch nicht-staatlicher Akteure, Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen. Sie geben sich als Zivilgesellschaft und Aktivisten aus, als „Bürgerjournalisten“, doch ihre Standorte, ihre Quellen und ihre Informationen sind so gut wie nie überprüfbar.

Sie schmuggeln Geld, Medikamente, Satellitenkommunikation, Laptops und Telefone ebenso nach Syrien wie Journalisten, Ärzte ohne Grenzen und Fact Finding Missionen von Amnesty International. Sie sind durchsetzt mit Geheimdienstagenten, was insbeson-

dere bei der Organisation „Avaaz“ auch öffentlich wurde.

### **Syrien 2012-2013: Terror gegen die Zivilbevölkerung**

Zwei Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ tobt in Syrien Krieg. Bewaffnete Aufständische unterschiedlicher Couleur, Gotteskrieger aus aller Herren Länder und Al Khaida kämpfen gegen Armee- und Sicherheitskräfte. Die Bevölkerung versucht vor den Kämpfen zu fliehen. Nach Jordanien, Libanon, Türkei und in den Irak. Die meisten sind innerhalb Syriens vertrieben.

Der innersyrische Konflikt ist längst auf einer regionalen und internationalen Ebene angekommen. Die Lösung ist den Syrern aus den Händen genommen.

Ehemalige Partnerstaaten Syriens haben sich um 180 Grad gedreht. Die Türkei und die Golfmonarchien liefern Geld und Waffen, die Türkei lässt Kämpfer ungehindert nach Syrien einmarschieren. Die Golfstaaten, die USA und Europa haben ihre Botschaften geschlossen und Investitionen und alle bilateralen Projekte mit Syrien gestoppt. Einseitig unterstützt Europa den Syrischen Nationalrat und die neu gegründete „Nationale Koalition“. Offiziere der Steuerungsgruppe der „Freunde Syriens“ helfen den bewaffneten Aufständischen bei der Neustrukturierung und besseren Durchschlagskraft ihrer Kampfverbände.

Vom Westen und den Golfstaaten unterstützte irreguläre Truppen kämpfen gegen einen Staat, der aus politischen Gründen beseitigt werden soll. Es geht nicht um Menschenrechte und Freiheit, es geht nicht darum, dass es den Syrern besser gehen soll. Es geht um politische und geostrategische Interessen.

Syrien als Verbündeter des Irans und Russlands behindert die westlichen Interessen in der Region. Es geht um die Rohstoffquellen von Öl, Gas und Wasser, es geht um deren Transportwege und – wie bei jedem Konflikt in dieser Region - um die Absicherung Israels.

Und die sunnitischen Herrscher der Golfmonarchien bekämpfen Syrien als Verbündeter des Iran, des palästinensischen Widerstandes und der Hisbol-

lah als Widersacher im Wettstreit um die sunnitische Vormachtstellung in der Region. Dafür wird im Internet zum „Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen in Syrien“ aufgerufen. Dafür wird Gotteskriegern, Dschihadisten aus aller Herren Länder freier Zugang zu Syrien gewährt. Waffen und Geld gibt es noch obendrein, egal, ob es 100.000 oder 200.000 Tote kostet, wie es ein radikaler Prediger in einer Botschaft formulierte.

Niemand weiß, wie viele Tote der Krieg in Syrien bisher gekostet hat. Seriöse Zahlen – das sagen internationale humanitäre Organisationen in Damaskus – gibt es nicht. Die Zahlen, die von UN-Organisationen verbreitet werden – unter Berufung auf oppositionelle Aktivisten – liegen mittlerweile bei 60.000.

Ob die 20.000 Toten, auf die politische Beobachter in Syrien allein die Opfer bei Armee und Sicherheitskräften, Polizei und Grenzbeamten und Mitarbeitern aus Ministerien und staatlichen Einrichtungen, in den UN-Zahlen enthalten sind, ist unklar.

### **Wer ist für die jüngsten Kriege verantwortlich?**

Wen also soll man anklagen, wen zur Rechenschaft ziehen für die Zerstörung von Libyen und Syrien? Beide Länder wurden lange Jahre kolonialisiert vom Osmanischen Reich und von europäischen Staaten. Es sind vielfältige, schillernde Gesellschaften aus Stämmen, Religions- und Volksgruppen – auch wenn Syrien weit moderner und fortschrittlicher einzustufen ist als Libyen. Verantwortlich sind:

- die Eliten aus Politik und Militär, die viele Fehler machten und auf Gewalt, statt auf Dialog und Veränderung setzten.

- politische Akteure der Opposition, die – anders als in Tunesien und Ägypten – ihrerseits den Dialog ablehnten und Gewalt aus den eigenen Reihen nicht verhinderten.

- regionale Machthaber, die Krieg statt Vermittlung finanzieren. Insbesondere Katar und Saudi Arabien, die mit der Muslim Bruderschaft ihren Machtbereich ausweiten wollen.

- die USA mit ihrem irrsinnigen Anspruch, einzige Weltmacht zu sein.

- die NATO, die sich als einziges Militärbündnis weltweit durchsetzen will.

- die EU und auch Deutschland, die jeglicher Diplomatie eine Absage erteilt und mit einseitiger Parteinahme und menschenverachtender Sanktionspolitik gegen das Entwicklungsland Syrien die Lage eskaliert haben.

- die Medien, die sich in beschämender Weise als Werkzeuge für Propaganda und Krieg haben benutzen lassen.

### Wo bleiben wir hierzulande als Friedensbewegung?

Verantwortlich sind auch wir – Friedensbewegte, Internationalisten, Menschenrechtsaktivisten und politische Akteure im und außerhalb des Parlaments. Wir haben uns für die Arabische Welt nicht interessiert. Wir wissen nichts über deren Geschichte, über ihre kulturelle und politische Struktur, ihre Ideen und Vorstellungen. Wie ist es möglich, dass Gruppen, die „Frieden“ in ihrem Namen tragen, land-

auf landab für einen Kampf in Syrien werben, der nichts mit Emanzipation oder Befreiung zu tun hat? Sind wir tatsächlich angekommen in der Orwell'schen Welt von 1984, wo man „Frieden“ sagt und „Krieg“ meint, wo man zwischen Freund und Feind nicht mehr unterschieden kann und nur noch Misstrauen geschürt wird? Das jedenfalls meint ein Freund in Syrien, der in den letzten Monaten das Buch „1984“ drei Mal gelesen hat, um zu verstehen, was in seiner Heimat geschieht.

## Die NATO auf dem Weg nach Syrien – Die Kriegsgefahr steigt

Bundesregierung zündelt mit – Friedensbewegung gegen Patriot-Einsatz an der türkisch-syrischen Grenze

*Aus einer Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag zum Beschluss von Bundesregierung und Bundestag, deutsche PATRIOT-Flugabwehrraketen und AWACS-Überwachungsflugzeuge samt deutschen Soldaten an die türkisch-syrische Grenze zu verlegen.*

Angeblich wird mit diesem Einsatz nur der eine Zweck verfolgt, Syrien von einem Raketenangriff (auch mit Chemiewaffen) auf den Bündnispartner Türkei abzuschrecken. AWACS-Flugzeuge sollen dies per Radar unterstützen, indem sie den syrischen Luftraum nach anfliegenden Raketen, Flugzeugen und Hubschraubern abtasten.

Syrien erklärt jedoch seit geraumer Zeit offiziell, dass es unter keinen Umständen Chemiewaffen einsetzen wird - nicht gegen das eigene Volk und nicht gegen das Ausland. Warum sollte es auch? Der größte Militärpakt der Welt, die NATO würde jeglichen Angriff zum willkommenen Anlass nehmen, endlich dem Assad-Regime militärisch den Garaus zu machen. Ein Angriff auf die NATO käme - mit oder ohne PATRIOT – einem Selbstmord des Assad-Regimes gleich. Die Bundesregierung betont bei ihrer Entscheidung, dass die PATRIOT-Stationierung rein defensiven Charakter habe und das erodierende Assad-Regime von irrationalen Handlungen abschrecken solle. Das ist blanker Unfug! Denn diese Abwehrmaßnahme wäre nicht geeignet, Chemiewaffeneinsatzmöglichkeiten, sei es durch Mörser, Artilleriebeschuss, Flugzeuge oder Raketen, abzuwenden. Mit dem vorgeschobenen Posten an der syrischen Grenze verfolgt die NATO andere Ziele:

1. Die in US-Geheimdienstkreisen fabrizierten Gerüchte über einen möglichen Chemiewaffeneinsatz in- und außerhalb Syriens soll das Assad-Regime dämonisieren. Es wird als potentiell irrational handelnd dargestellt. Dieses Vorgehen erinnert sehr an die Kriegsvorbereitung gegen Irak 2002/2003, als Saddam Hussein vorgeworfen wurde, er sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Das war eine glatte Lüge; die angeblichen „Beweise“ waren Fälschungen.

2. Die US-Regierung nutzt die selbst erzeugte Diskussion um syrische Chemiewaffenbestände, um militärische Eingreifpläne zu entwickeln. Die in Syrien vorhandenen C-Waffenbestände sollen vor dem unbotmäßigen Zugriff durch syrische Soldaten, Al Kaida oder der Hizbullah „gesichert“ werden. Die Rede ist von 75.000 US-Soldaten und der US-Luftwaffe, die dafür aufgeboden werden müssten. Eine künstlich erzeugte Hysterie um Chemiewaffen soll die Begründung für eine Militärintervention liefern.

3. Mit dem Einsatz von AWACS-Flugzeugen wird ein ständiges detailliertes Lagebild aller Flugbewegungen über Syrien erstellt. AWACS sind so ausgerüstet, dass sie der „Vernetzten Operationsführung“ unterliegen, welches es ermöglicht, allen Führungs- und Einsatzebenen gleichzeitig dasselbe Lagebild auf ihre Displays zu senden. Der Verdacht liegt nahe, dass auch militante Rebellen mit diesen Luftlagebildern versorgt werden. Für diejenigen militanten Assad-Gegner, die über Luft-Boden-Raketen verfügen (z.B. Stinger), wäre ein aktuelles Luftlagebild Gold wert.

4. Eine Flugverbotszone über Syrien, ohne dass der UN-Sicherheitsrat ihn mandatieren müsste, rückt damit in greifbare Nähe - auch wenn die Bundesregierung verkündet, dies nicht im Sinn zu haben. Eine syrische Armee ohne Luftwaffe ist leicht besiegtbar. Das historische Vorbild ist die Ausrüstung der afghanischen Mudschaheddin mit Stinger-Raketen durch die CIA gegen die sowjetische Luftwaffe in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts.

5. Auch die Radaranlagen der PATRIOT erstellen einen präzisen Luftlageplan, der über Aleppo, der nach Damaskus wichtigsten Stadt Syriens im Norden des Landes, hinausreicht. Faktisch könnte durch eine Verlegung der PATRIOT in Grenznähe eine Flugverbotszone durchgesetzt werden. Dies wäre eine günstige Ausgangslage für eine Bodeninvasion.

Der PATRIOT- und AWACS-Einsatz stellt einen Meilenstein auf dem Weg der NATO in den Krieg dar mit potenziell verheerenden Folgen für die gesamte Region, angefangen beim Libanon und endend beim Iran. Die Lage ist so gefährlich, dass jede weitere Einmischung von außen, den gefürchteten Flächenbrand auslösen kann.

Der Bundesausschuss ruft die Friedensbewegung auf, gegen den Wahnsinn dieser Kriegspolitik durch vielfältige Aktionen zu demonstrieren.

# Krieg als Totalangriff auf das Völkerrecht

Kurzfassung des Redebeitrages von Norman Paech auf dem 19. Friedenspolitischen Ratschlag



Was Beobachter weltweit eint, ist die Überzeugung von der Kriegsträchtigkeit dessen, was allgemein als Globalisierung bezeichnet wird. Dieser Begriff steht allmählich nicht nur für die Verheißungen der ökonomischen und sozialen Entwicklung weltweit, sondern auch für die Erwartung, ja Unvermeidlichkeit kommender Kriege. Diese Erwartung wird nicht nur durch die tägliche Kriegsberichterstattung untermauert, sondern auch durch die ausdrückliche Programmatik der Militärstrategien von NATO und USA bestätigt. Selbst die Europäische Union hat sich einen mächtigen militärischen Arm zugelegt, der laut „Europäischer Sicherheitsstrategie“ von 2003 in Zukunft weltweite militärische „Verteidigungs“aufgaben übernehmen soll:

„Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. .... Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikte und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“

Es geht um die Erweiterung des Legitimationsrahmens für den Krieg als Mittel der Politik. Dies geschieht zunächst dadurch, dass der Blick auf die neuen Formen der Gewalt und des Kriegsgeschehens gerichtet wird: „internationaler Terrorismus“, „Staatszerfallkriege“, „asymmetrische Kriege“

„Bandenkriege/warlords“, „low intensity warfare“, „ethnische Säuberungen“. Sie werden heute allgemein unter dem Begriff der „neuen Kriege“ gefasst und vor allem als neue Herausforderung des Westens gesehen, die seine militärische Antwort notwendig machen. Das lenkt zunächst davon ab, dass fast alle Formen aus den klassischen Staatenkriegen weitgehend bekannt sind: Partisanenkrieg, Geislerschießungen, Guerilla-Befreiungskampf, ethnische Säuberungen, Genozid und Söldnereinsatz. Nur die Unmittelbarkeit und mediale Präsenz eines Terroraktes wie die Zerstörung des World Trade Centers durch zivile Flugzeuge lässt uns die Ungeheuerlichkeit und Barbarei von Terrorakten wie die Abwürfe der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki vergessen, und die Massaker an der Zivilbevölkerung in Zentralafrika überlagern die Barbarei der Massaker in Zentraleuropa im zweiten Weltkrieg wie die von Oradour, Lidice und Distomo.

Es spricht vieles dafür, dass auch in Zukunft kaum ein lokaler Krieg ohne direkte oder indirekte Beteiligung der großen NATO-Mächte stattfinden wird. Darüber hinaus geben die modernen Strategiepapiere der USA, NATO und der EU deutliche Hinweise auf militärische Interventionen in jenen Regionen, in denen die Staaten ihre zentralen ökonomischen und politischen Interessen gefährdet sehen. In den Worten ihrer akademischen Apologeten handelt es sich dabei um die „Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern.“ Entsprechend der militärische Prägung jeder imperialen Ordnung wird der Krieg als unvermeidbares Mittel der Absicherung eingeplant.

## Sicherheitsstrategien zur Kriegs-Legitimierung

Eine zentrale Rolle bei der Legitimierung des Krieges spielen die für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen zur Militär- und Sicherheitsstrategie, aus denen sich die jeweiligen „Doktrinen“ ableiten. Sie sind das Ergebnis langjähriger zwischen Politik und Militär abgestimmter Planungen, die schließlich der Öffentlichkeit zu ihrer

Einstimmung und Orientierung übergeben werden. So hatte die feierliche Unterzeichnung der neuen NATO-Strategie im April 1999 in Washington durch die Staats- und Regierungschefs aller aktuellen und zukünftigen Mitgliedstaaten lediglich den Zweck, die längst beschlossene militärische Neuorientierung abzusegnet. Eine derartige strategische Neuausrichtung der NATO von einer ursprünglichen Verteidigungsgemeinschaft in ein offensives weltweit operierendes Krisenregulierungsinstrument hätte allerdings eine ausdrückliche Veränderung des NATO-Vertrages erfordert mit einer Ratifizierung in jedem Mitgliedsstaat. Da sich die politischen Führungen auf die Verbindlichkeit der neuen Strategie für alle unterzeichnenden Regierungen verlassen konnten, verzichteten sie auf die unsichere demokratische Legitimierung durch Parlament und Volk. Diese Legitimierung wurde der NATO am 11. September 2001 in New York nachgeliefert und durch die National Security Strategy der USA ein Jahr später noch einmal bestätigt. Der Schock des Terroranschlages erlaubte es der US-Regierung, nicht nur die eigene Bevölkerung sondern den ganzen Globus in den Zustand eines permanenten Ausnahmezustandes unter der weltweiten Gefahr des internationalen Terrorismus zu versetzen.

## Gewaltverbot der UNO-Charta

Alle politischen und moralischen Begründungsversuche leiden jedoch unter dem Mangel einer universellen Anerkennung und dem zumeist nicht unbegründeten Verdacht, hinter ihrer Fassade andere strategische und ökonomische Interessen zu verfolgen. Deshalb bedarf es einer Referenz, die außerhalb der nationalen Interessen und mit dem Ausweis der Universalität die Ansprüche an eine allgemein anerkannte Legitimation erfüllt. Dieses trifft nach dem Verlust allgemeiner moralischer Standards allein noch das internationale Recht, das Völkerrecht, welches in der UN-Charta die Forderung nach universeller Anerkennung einlösen kann. Deshalb fehlt in keiner Militärstrategie und keiner politischen wie

wissenschaftlichen Abhandlung der Bezug auf das Völkerrecht und die UN-Charta. Selbst in den Fällen geplanter und offener Verletzung des Völkerrechts, wie in den beiden Kriegen gegen Jugoslawien und den Irak, spielte der „Kampf um das Völkerrecht“ sowohl in der Vorbereitung des Angriffs wie in der Folgediskussion um die Rechtfertigung eine zentrale Rolle.

#### UNO-Charta Art. 2

(4) Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

#### UNO-Charta Art 42:

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. [...]

#### UNO-Charta Art. 51:

Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. [...]

Quelle: <http://www.unric.org/de>

Überlegungen zur politischen bzw. moralischen Rechtfertigung eindeutiger Rechtsverstöße spielen in der völkerrechtlichen Literatur seit langem eine Rolle. Der Überfall auf Jugoslawien im Frühjahr 1999 war unter klarem Verstoß gegen das Gewaltverbot des Art. 2. Z. 4 UNO-Charta erfolgt und konnte keine der anerkannten Rechtfertigungen der Selbstverteidigung gem. Art. 51 oder des Mandats durch den Sicherheitsrat gem. Art. 39/42 UNO-Charta aufweisen. Dieser Befund war nicht zu leugnen, führte aber zu der Frage: Wie kann ein Verstoß gegen das Gewaltverbot dennoch gerechtfertigt werden, wenn die Gewaltanwendung schwerste Verbrechen beenden soll, ihre Notwendigkeit offenkundig und ihre humanitäre Absicht klar ist?

### Völkerrechts-Jongleure: „Krieg illegal aber legitim“

Lassen wir einmal beiseite, dass die faktische Basis des „humanitären Impulses“ gerade beim Kosovo-Konflikt nach wie vor mehr als umstritten ist. Die Konkurrenz zwischen Recht und Moral, Legalität und Legitimität endet immer wieder in der Sackgasse, wenn die Autoren Moral und Legitimität über das Recht stellen. Zwei US-amerikanische Autoren erklären das Recht lediglich als Unterfütter der Legitimität und schreiben:

„Letztendlich ist Legitimität freilich in einer allgemeinen Vorstellung von Rechtmäßigkeit verwurzelt. Daher kann staatliches Handeln, auch wenn es in dem einen oder anderen Sinne gegen Gesetze verstößt, von der öffentlichen Meinung dennoch als legitim angesehen werden.“

Diejenigen, die den subversiven Strategien der Rechts-Jongleure misstrauen, aber dennoch einen juristischen Weg zur Legalisierung der unilateralen Kriege suchen, knüpfen an die Dynamik des Völkerrechts, an die gewohnheitsrechtliche Fortentwicklung durch die Praxis der Staaten. Diese Form der Rechtsentwicklung vollzieht sich ohne vertragliche Änderung der großen Konventionen, wie z.B. der UNO-Charta, allein durch das Handeln der Staaten im Bewusstsein eigener Rechtsverpflichtung. Sie bedarf allerdings der Unterstützung der überzeugenden Mehrheit der Staaten.

In der Zeit nach 1945 hat sich die Kodifizierung durch vertragliche Übereinkunft immer mehr als Mittel der Rechtsentwicklung durchgesetzt. Insbesondere die Durchbrechung und Veränderung zwingenden Rechts wie das Gewaltverbot des Art. 2 Z. 4 UNO-Charta ist nur durch Entwicklung einer dritten Ausnahme neben Art. 51 und 42 UNO-Charta als neues zwingendes Recht möglich. So hat es auch bisher nur vereinzelte Stimmen gegeben, die bereits im Frühjahr 1999 zu Beginn der Bombardierung Jugoslawiens die humanitäre Intervention als gewohnheitsrechtliche Ausnahme vom Gewaltverbot ausgegeben hätten. Doch der Druck auf eine „solide“ völkerrechtliche Grundlage für humanitäre und größere Katastrophen vorbeugende Interventio-

nen wächst. Als Reaktion auf das Scheitern des UN-Sicherheitsrats angesichts der Kosovo-Krise und des Ruanda-Völkermords forderte UN-Generalsekretär Kofin Annan die Völkergemeinschaft mehrfach auf, die Probleme der völkerrechtlichen Instrumente angesichts derartiger Katastrophen zu überprüfen und neue Prinzipien zu entwickeln.

#### Zauberformel:

#### „Responsibility to protect“

Die kanadische Regierung nahm die Anregung auf und bildete die „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ (ICISS). Sie schlug in ihrem Bericht vom Dezember 2001 eine neue Doktrin „The responsibility to protect“ vor, die von der Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten ausgeht, das Leben, die Freiheit und die fundamentalen Menschenrechte ihrer Bürger zu schützen. Sollten sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen können oder wollen, so habe die internationale Völkergemeinschaft die Verpflichtung einzugreifen.

Die unverblühte Ankündigung kommender Kriege bedarf starker Antikriegskräfte, um ihnen zu begegnen. Die landläufige Theorie allerdings, dass demokratische Staaten zumindest nicht gegeneinander Krieg führen werden, geht von zweifelhaften Prämissen aus und verbreitet eine trügerische Sicherheit. Bis auf wenige Ausnahmen liefert die herrschende politische und juristische Theorie keine Grundlagen, die den Widerstand gegen die Rehabilitierung des Krieges stärken könnten. Sie steuert den Angriff auf das Völkerrecht selbst. Mögen die Regeln des Völkerrechts und der UNO-Charta noch so klar und eindeutig den Krieg verurteilen und den Frieden propagieren, ihre Interpreten, die Völkerrechtler folgen lieber den Trommeln und Töpfen ihrer Regierungen, sie sind die wahren Spindoktoren des Krieges. Die akademische Welt lässt die Friedensbewegung allein – das wäre nicht das erste Mal. Sorgen wir dafür, dass die Friedensbewegung die akademische Welt nicht den Regierungen überlässt.

*Der volle Wortlaut des Beitrages kann abgerufen werden unter:*

[www.norman-paech.de](http://www.norman-paech.de)

# Neue Konflikte durch Verlust der Dominanz Europas

Interview mit Conrad Schuhler, ISW München



*FJ: Die weltpolitische Dominanz des Westens gerät immer mehr ins Wanken durch die Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte. An welchen Indikatoren kann man dieses – ohne hierzu ausführliches Zahlenmaterial zu bemühen – am anschaulichsten festmachen?*

Der Umbruch im Weltgefüge war schon auf dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm deutlich zu vernehmen. In der Abschlussklärung damals sagte man, die Schwellenländer, gemeint waren vor allem die BRIC-Länder Brasilien, Russland, Indien und China, „müssten ein größeres Maß an Verantwortung in der Weltwirtschaft übernehmen“. Allerdings könnten sie nicht Mitglieder der G8-Gruppe werden, da, so wörtlich, „die G8 nicht allein die gleichgerichteten Interessen, sondern auch ein gemeinsamer Wertekanon eint“. Zwei Jahre später in London, man stand gerade vor den Trümmern der Finanzkatastrophe, aber hieß die Gruppe umstandslos G20. Zu den acht alten Schwergewichten und der EU hatte man 11 Schwellenländer hinzugefügt.

## Zusammensetzung der G20-Gruppe:

### G8-Länder:

USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Russland

### Aus Asien:

China, Indien, Indonesien, Südkorea

### Aus Lateinamerika:

Brasilien, Argentinien, Mexiko

### Aus dem Nahen und Mittleren Osten:

Türkei, Saudi-Arabien

### Sonstige:

Südafrika, Australien

Grundlage dieser Machtverschiebung in der internationalen Politik ist das bedeutend stärkere wirtschaftliche Wachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer. Liegt der neue Schwerpunkt der wirtschaftlichen Machtverteilung im pazifisch-asiatischen Raum, so liegt das Zentrum des Niedergangs eindeutig in Europa. Insgesamt ist das Wachstum weltweit dank der Wirtschafts- und Finanzkrise abgeschwächt, doch nur in einer einzigen dieser vielen Regionen erleben wir eine Rezession mit anhaltendem Minus-Wachstum: in der Eurozone. Und für keine andere Region sind die Prognosen so schwach wie für diese Euro-Zone. Nach übereinstimmender Meinung von IWF und Weltbank ist Europa, das noch im Jahr 2000 feierlich deklarierte, 2010 sei man die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt, in Wahrheit der kranke Mann des Globus und alles spricht dafür, dass er an einer schweren, langfristigen Krankheit leidet.

Darunter leidet inzwischen auch die transatlantische Partnerschaft Europas zu den USA, die mittlerweile ihre globalen Interessen regional völlig anders definieren. Die USA konzentrieren ihre Kräfte, sowohl militär- wie wirtschaftspolitisch auf die Pazifik-Region. Europa spielt nur noch eine, wenn auch wichtige Nebenrolle.

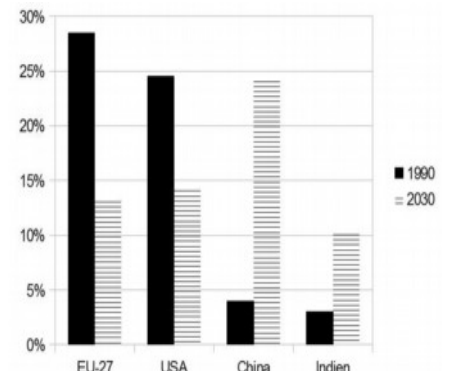
*FJ: Wie reagiert man in Europa auf diese Veränderungen?*

Zunächst einmal: wer ist Europa? Wir haben es in der EU und auch der Euro-Gruppe mit einem vielstimmigen Orchester zu tun, aber den Ton gibt eindeutig Berlin an. Die großen Arbeitgeber- und Industriellenverbände der wichtigsten europäischen Länder unterstützen und prägen die Position der Merkel-Regierung.

Ein Haupt-Grundsatz der Berliner Position lautet, dass nur im Zusammenschluss Europa das kollektive Gewicht erhält, um ausreichenden globalen Einfluss zu erlangen. Bundeskanzlerin Merkel hat diesen Sachverhalt oft so ausgedrückt, dass die 80 Millionen Deutschen gegen die 1,3 Mrd. Chinesen und 1,2 Mrd. Indern keine Chance hätten, die vereinigten 500 Mio. Europäer schon.

Für das von Deutschland aus operierende Kapital ist Europa als Währungs- und Wirtschaftsverbund also in zweierlei Hinsicht bedeutsam. Erstens offeriert die Union der überlegenen deutschen Wirtschaft im Innern Expansionsmöglichkeiten. 60 % Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU, zwei Drittel davon in die Eurozone. Die Bedingungen der 40 % der Exporte, die außerhalb der EU verkauft werden, hängen vom geopolitischen Gewicht der Euro-Union ab.

Schon aus diesem Grund wird die politische Elite Europas auf den Schultern der dominierenden Kapitalgruppen für den Erhalt der Euro-Union kämpfen. Von dem derzeitigen WTO-Chef Lamy stammt die Aussage, dass die europäischen Firmen ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China und Indien nur noch über die Senkung der Arbeitskosten verbessern könnten. Die Industriellenverbände aus Deutschland, Frankreich und Italien fordern deshalb auch, man müsse sich bei den Arbeitsmarktbedingungen und Arbeitskosten „an den Besten und nicht am Durchschnitt orientieren, um mit den USA, China und anderen aufstrebenden Volkswirtschaften konkurrieren zu können.“



Grafik Friedensjournal: Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte im globalen Maßstab von 1990 bis 2030, Quelle: Die Zeit vom 15.11.2012 (nach ISW München)

Es geht deshalb um eine grundlegende sozialpolitische Degradierung der gesamten Euro-Zone. Der Abbau der Staatsschulden ist dabei das neue Mantra des Neoliberalismus: runter mit dem Staat; runter mit den Ansprüchen; hoch mit der Opferbereitschaft.

Die neoliberale Austeritätspolitik wird die Preis- und Kostenvorteile der deutschen

und der übrigen Industrie der Euro-Gruppe weiter stärken, die Nachfrage in Europa aber weiter senken und damit die Exportregionen außerhalb Europas noch wichtiger machen.

*FJ: Welche Rolle spielen hierbei weltweite Wirtschaftsabkommen der EU?*

Wir haben in der Weltwirtschaft derzeit zwei Tendenzen, die zum Teil gegenläufig sind, aber sich in Wahrheit nicht ausschließen. Es geht einmal um die fortschreitende Internationalisierung des Kapitals, zum anderen um die Regionalisierung der globalen Wirtschaft, ihre Unterteilung in große regionale Freihandelszonen, die im Innern den gemeinsamen Handel und Austausch fördern und Partner außerhalb diskriminieren. Diese Entwicklung ist zurückzuführen auf die Unfähigkeit der WTO, das 2001 in Doha beschlossene weltumspannende Freihandelsabkommen zu schaffen. Bei der WTO verhandeln die 154 Mitglieder, zu denen auch Russland und China gehören, seit Jahren vor allem deshalb vergeblich, weil sich die Entwicklungsländer sträuben, ihre Märkte dem Industrie- und Handelskapital der Reichen zu öffnen, diese aber weiterhin ihre Landwirtschaften subventionieren, was die Exporte und überhaupt die Produktion der ärmeren Länder substantiell behindert.

In allen Regionen des Globus entstanden und entstehen nun in der Phase der nicht durchgängig regulierten Weltwirtschaft Freihandelszonen, wo sich in der Regel kleinere und mittlere Staaten um eine größere und dominierende Nation scharen. Die größten bisher sind die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und die EU. Beide könnten durch die neue asiatische Freihandelszone überholt werden, die offiziell ihre Gründungsverhandlungen beschlossen

hat. Zu den bisherigen 10 ASEAN-Staaten kommen nun China, Japan, Indien, Südkorea sowie Australien und Neuseeland (aber nicht die USA). An weiteren größeren Freihandelszonen finden wir die südamerikanische Mercosur, den Golf-Kooperationsrat um den Persischen Golf und die GUS um Russland, die jetzt zu einer Eurasischen Union werden soll.

Mit den alten ASEAN-Staaten hat die EU von 1980 bis 2010 10 Kooperations-, Partnerschafts- und Freihandelsabkommen abgeschlossen, die ihnen weithin dieselben Rechte einräumen wie den Mitgliedsländern der Zone. Mit China ist seit 1985 ein Zusammenarbeitsabkommen in Kraft, über ein neues wird seit 2007 verhandelt. Mit Indien werden neben einem bestehenden Kooperationsabkommen seit 2007 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen geführt. Mit Südkorea wurde gerade ein neues beschlossen, mit Japan wurden entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Insgesamt hat die EU über 60 Handelsabkommen mit Ländern und Freihandelszonen geschlossen, die den „Fluss“ von Waren, Geld und Arbeitskräften erleichtern. Das wichtigste könnte das Ergebnis der aktuell laufenden Verhandlungen mit den USA sein.

*FJ: Welche Rolle spielt die militärische Aufrüstung in der EU zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen?*

Die politischen Eliten Europas versuchen, die schwindende wirtschaftliche Macht durch verstärkte politische Aktivität und durch die Drohung und den Einsatz militärischer Mittel auszugleichen.

Eine entsprechende Strategie hat das European Institute for Security Studies, ein Organ der EU, bereits 2009 vorgelegt. Kernaussagen der Studie sind sogenannte neue Gefahren, wie die Bedro-

hung der kommerziellen Seerouten, Akte der Piraterie, Bürgerkriegskonflikte, gewalttätige Destabilisierung von Regionen mit Migration und Flüchtlingsströmen, die Unterbrechung der Rohstoffversorgung, Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Aufgabe des EU-Militärs muss demnach sein: a) die Sicherung des globalen Flusses von Waren und Rohstoffen, b) die „globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen abzuschotten“. Um diese Aufgabe einer militärischen Sicherung und Durchsetzung globaler kapitalistischer Ausbeutung erfüllen zu können, sollen bis 2020 120.000 Mann und Frau an Spezialeinsatztruppen bereit stehen, die, um Rotieren zu können, noch verdreifacht werden müssten.

*FJ: In welchen künftig denkbaren Kriegsszenarien kann diese Militärmacht zum Einsatz kommen?*

Der Kampf um die knapper werdenden Ressourcen wird zunehmen und mit ihm das Moment des Konflikts gegenüber der gebotenen Kooperation in einem globalen Ausbeutungsfeld. Die Frage wird sein, wie weit dieses gemeinsame Interesse der herrschenden Klassen das Moment der Konkurrenz der einzelnen Kapitalgruppen im globalen Wettbewerb überwiegt. Die schnelle weitere Internationalisierung der dominanten Kapitale und Konzerne, auch der immer wichtiger werdenden staatlichen Transnationalen Konzerne, spricht für ein starkes Gewicht eines abgestimmten Vorgehens, bei dem im Vordergrund die gemeinsame Sicherung des globalen Ausbeutungsfeldes steht.

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

*Weitere Infos:  
www.isw-muenchen.de*

## Geheimdienst-Studie: Asien wird die USA und Europa bis 2030 überholen

Asien wird nach Einschätzung der US-Geheimdienste ab 2030 Europa und die USA zusammengenommen als wichtigste Region (combined global Power) überholen. Der Bedeutungszuwachs Asiens fuße auf Wirtschaftskraft, Bevölkerung, Militärausgaben und technologischen Investitionen, heißt es in einer Studie des Nationalen Geheimdienstes.

China wird in den nächsten 20 Jahren die USA als stärkste Volkswirtschaft ablösen, schreiben die Experten.

Aus ihrer Sicht verschieben sich die ökonomischen Gewichte grundsätzlich weg vom Westen hin zu den Schwellenländern. Die Stärke der Weltwirtschaft werde vor allem von ihrer Entwicklung abhängen. In den nächsten 15 bis 20 Jahren würden technologische Innovationen, Knowhow, Kapital und Unternehmen vor allem in den Schwellenländern entstehen und gebündelt.

Der Aufstieg der Schwellenländer bedeutet zugleich einen Bedeutungsverlust anderer Regionen und Länder: Russland, Europa und in Asien auch Japan werden wirtschaftlich weiter verlieren, heißt es in dem Bericht.

*Quelle: www.zeit.de - 11.12.2012*

## Das Atomprogramm des Iran – eine Gefahr für den Weltfrieden?

Kurzfassung des Beitrages von Jerry Sommer auf dem 19. Friedenspolitischen Ratschlag

„Wir befinden uns in der letzten Phase für Diplomatie“, sagte am 16. März 2003, vor fast genau zehn Jahren, der damalige US- Vizepräsident Dick Cheney. Ein paar Tage später griffen die USA den Irak an. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg wurde mit Übertreibungen, Halbwahrheiten und Lügen gerechtfertigt. Am Ende stellte sich heraus, dass der Irak weder chemische noch Nuklearwaffen besaß.

„Next Stopp Teheran“ riefen damals besonders kriegsbegeisterte Amerikaner. Heute scheint der Punkt näher zu rücken, dass ihre Träume wahr werden. Die Kriegstrommler sind auf dem Vormarsch. Sie sitzen vor allem in der israelischen Regierung.



Foto: Netanyahu vor der UNO-Vollversammlung am 29.09.2012. In der Mitte seiner Rede zog er eine Cartoon-Bombe und einen roten Stift hervor.

### Zuspitzung durch Netanjahu – Welche Motive?

Netanjahus Iranpolitik steht im Zusammenhang mit innen- und außenpolitischen Problemen seiner Regierung. Innenpolitisch steht er unter dem Druck sozialer Proteste. Auch die von der internationalen Gemeinschaft geforderten Verhandlungen mit den Palästinensern kommen nicht von der Stelle. Insofern hat die Fokussierung auf den Iran – über die tatsächliche wie vermeintliche Bedrohungsperzeption hinaus – vielfältige Funktionen für den israelischen Ministerpräsidenten.

Eine Rolle dürfte auch Israels Stellung im Nahen und Mittleren Osten spielen. Denn durch den arabischen

Frühling ist nicht nur die eigene, sondern auch die Position der USA als wichtigstem Verbündeten unsicherer geworden. Israel scheint deshalb seine Vormachtstellung in der Region am besten durch eine andauernde Konfrontation des Westens mit dem Iran gesichert zu sehen. In Bezug auf den Atomkonflikt mit dem Iran hat Tel Aviv zudem offensichtlich die Sorge, dass sich bei den aktuellen Gesprächen zwischen den fünf UN-Veto-Mächten und Deutschland ("5+1") mit dem Iran Verhandlungslösungen ergeben. Netanjahu möchte auf jeden Fall verhindern, dass der Westen von seiner bisherigen Position abrückt, nach der der Iran jegliche Urananreicherung einstellen muss. Darüber hinaus fordert er sogar, dass der Iran alles schon angereicherte Uran außer Landes schafft.

### Halbwahrheiten, Mythen und Lügen

Wie im Falle des Iraks wird heute ein möglicher Angriff auf den Iran mit Halbwahrheiten, Mythen und falschen Aussagen gerechtfertigt.

#### Mythos Nummer eins: „Iran strebt nach Atomwaffen“

Zwar hätte der Iran prinzipiell die technologischen Fähigkeiten eine Atombombe zu bauen, erklärte auch der Chef der US-Geheimdienste James Clapper vor einem Jahr. Aber die Entscheidung, eine Nuklearwaffe herzustellen, habe Teheran bisher nicht getroffen. Iran hat nach Einschätzungen der amerikanischen Geheimdienste sein strukturiertes Atomwaffenprogramm 2003 eingestellt und bisher keine Entscheidung getroffen, es wieder in Gang zu setzen.

#### Mythos Nummer zwei: „Die Zeit wird knapp“

Das ist falsch. Würde der Iran sich entscheiden, eine Nuklearwaffe zu bauen, müssten die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde, die gegenwärtig alle Nuklearanlagen des Irans 24 Stunden am Tag kontrollieren, vorher des Landes verwiesen werden. Selbst nach der Entscheidung, eine Bombe zu bauen, so der

US-Verteidigungsminister Panetta, „bräuchte der Iran noch etwa ein Jahr um genügend hoch angereichertes Uran für eine Bombe zu produzieren und weitere ein bis zwei Jahre, um sie auf ein Trägersystem zu montieren, das den Sprengkopf transportiert.“

#### Mythos Nummer drei: „Wenn der Iran die Bombe hat, ist Israel existenziell bedroht“

Eine Fehleinschätzung, der auch zahlreiche Israelis lautstark widersprechen. Zum Beispiel sagte der ehemalige israelische Generalstabschef Dan Halutz Anfang 2012: „Iran ist eine ernsthafte, aber keine existenzielle Bedrohung. Dieser Begriff soll einen Angriff auf den Iran befördern. Der aber wäre ein Fehler.“ Jeder Angriff des Iran auf Israel wäre mehr als abenteuerlich. Die iranischen Führer verletzen zwar Menschenrechte, sind aber keine Selbstmörder. Die Sicherung des iranischen Regimes ist oberste Priorität der iranischen Führung – auch und gerade zum eigenen Machterhalt.

#### Mythos Nummer vier: „Mit Isolierung und Sanktionen kann man den Iran zur Aufgabe der Urananreicherung zwingen“

Das erklärte bisherige Ziel des Westens ist, dass Teheran jegliche Urananreicherung einstellt – auch wenn diese nur zur Produktion von Kernbrennstäben für zivile Atomreaktoren benutzt wird. Es gibt allerdings einen breiten Konsens im Iran, diese Nukleartechnologie nicht aufzugeben. Sie wird als Symbol technischen Fortschritts und nationaler Unabhängigkeit gewertet – auch von der „grünen“ Opposition. Auch die seit Mitte 2012 wirksamen Sanktionen der USA und der EU, die unter anderem den Kauf von iranischem Öl verbieten, werden daran nichts ändern.

### Laufende Verhandlungen der 5+1-Gruppe stagnieren

Bei den bisherigen Gesprächen wurden Verhandlungspositionen ausgetauscht, ohne dass ein Durchbruch erzielt worden ist. Die P5+1 konzentrierten sich dabei auf folgende Forderungen an den Iran: Einstellung der

Uran-Anreicherung auf 20 Prozent, Auslagerung allen bisher auf 20 Prozent angereicherten Urans aus dem Iran sowie Schließung der unter einem Bergmassiv verbunkerten Anreicherungsanlage in Fordow.

Im Gegenzug wurde in Aussicht gestellt, Brennstoff für den Teheraner Forschungsreaktor zu liefern, der 20-prozentig angereichertes Uran benötigt, um medizinische Isotope für Krebstherapien herzustellen, bei der nuklearen Sicherheit zu helfen und einige Ersatzteile für zivile iranische Flugzeuge aus den USA zu liefern, die bisher US-Sanktionen unterlagen.

Demgegenüber legte der Iran einen umfassenderen Verhandlungsansatz in einem Fünf-Punkte-Plan vor. Teheran bestand darauf, dass sein Recht auf Urananreicherung für zivile Zwecke anerkannt wird und bot an, den Bannspruch (Fatwa) des Religionsführers gegen Atomwaffen - zum Beispiel in einem UN-Dokument - zu „operationalisieren“. Der Iran forderte darüber hinaus die Aufhebung aller Sanktionen im Gegenzug für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO). Teheran sprach sich für eine nukleare Kooperation bei der nuklearen Energiegewinnung und nuklearen Sicherheit aus und bot vertrauensbildende Maßnahmen auch in Bezug auf die Anreicherung von Uran auf 20 Prozent an. Schließlich befürwortete Teheran eine umfassende Zusammenarbeit auch in nicht-nuklearen Fragen wie der Drogenbekämpfung und regionalen Problemen wie in Syri-

en und Bahrain.

Der Verhandlungsansatz der P5+1, sich auf die Frage der 20-prozentigen Anreicherung durch den Iran zu konzentrieren, hat jedoch folgende grundsätzliche Mängel, bzw. Hindernisse für eine vertragliche Vereinbarung:

Erstens scheinen die Forderungen nach Beendigung der Produktion und Auslagerung der vorhandenen Menge an 20-prozentig angereichertem Uran sowie nach Schließung der Urananreicherungsanlage in Fordow insbesondere von den westlichen Verhandlungsteilnehmern als nicht verhandelbares Paket eingestuft zu werden.

Zweitens sind die USA und die EU bisher nicht bereit, im Gegenzug zu iranischen Zugeständnissen eine tatsächliche Rücknahme von – nicht vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen - Sanktionen anzubieten, die von Russland, China, Brasilien, der Türkei und anderen Staaten ohnehin als kontraproduktiv bzw. illegal abgelehnt werden.

Drittens besteht vor allem die Regierung Obama auf der Suspendierung jeglicher iranischen Urananreicherung und lehnt es ab, ein Recht des Iran auf friedliche Nutzung der Kernenergie inklusive des Rechts auf Urananreicherung entsprechend dem Nichtweiterverbreitungsvertrag zu akzeptieren.

Die Haltung zum Recht auf Anreicherung ist innerhalb der P5+1 jedoch umstritten. So hat Russlands Präsident Wladimir Putin formuliert: „Wir schlagen vor, das Recht des Iran anzuerkennen, ein ziviles Nuklearprogramm inklusive des Rechts, Uran anzureichern, zu ent-

wickeln. Das muss im Gegenzug dafür gemacht werden, dass alle nuklearen Aktivitäten des Iran verlässlichen und umfassenden IAEO-Kontrollen unterliegen“.

### Notwendig wäre Paradigmenwechsel

Zur Lösung der anstehenden Probleme müssten die USA dem Iran – wie gegenüber Nordkorea schon geschehen – Sicherheitsgarantien sowie eine umfassende Normalisierung der Beziehungen anbieten, statt mit offenen und geheimen Aktivitäten auf einen Regimewechsel hinzuwirken. Eine Entspannungspolitik gegenüber dem Iran könnte nicht nur Bewegung in den festgefahrenen Atomkonflikt bringen, sondern zudem der demokratischen Opposition im Iran selbst neue Spielräume eröffnen.

Für die Durchsetzung eines Paradigmenwechsels in der Iranpolitik trägt Deutschland besondere Verantwortung. Denn seine Beziehungen zum Iran sind historisch weniger belastet als die zwischen dem Iran und den USA sowie Großbritannien. Auch sind hier die Zweifel am Sinn militärischer Abenteuer stärker verbreitet. Allerdings bedarf es auch in Deutschland der verstärkten Auseinandersetzung mit Halbwahrheiten, Mythen und Falschaussagen, die leider gerade auch von vielen Medien verbreitet werden.

*Jerry Sommer ist freier Journalist und freier Mitarbeiter beim "Bonn International Center for Conversion" ([www.bicc.de](http://www.bicc.de)).*

### Die Staaten an den Verhandlungstisch schubsen

Das verschneite Helsinki sollte Austragungsort einer historischen Konferenz sein. Einziger Punkt auf der Tagesordnung: die Einrichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten. Eine Woche vor Weihnachten, am 17. Dezember, sollten die Verhandlungen beginnen – die vielleicht wichtigsten für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten. Die Konferenzräume blieben jedoch leer, die Regierungsdelegationen blieben zu Haus.

Wer kam, das waren etwa 40 VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt. Auf Einladung einiger finnischer Friedensorganisationen trafen sie sich vom 14. bis 16. Dezember in Helsinki. Ihr Thema: »Ein Naher Osten ohne Massenvernichtungswaffen – Anregungen aus der Zivilgesellschaft – Der Weg nach vorn«. [...] Einige NGO-VertreterInnen gehen davon aus, dass Israel Makhoul, ehemaliger Abgeordneter der Knesset, geht

es nicht um Mechanismen, vielmehr dürften diejenigen, die die Konferenz offiziell einberufen, nicht die israelische Position übernehmen. „Die Vereinigten Staaten sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems, weil sie Israel in seiner Verweigerungshaltung bestärken“, erklärte Makhoul. Er argumentiert, dass die israelische Weigerung, den Besitz von Atomwaffen zuzugeben, Hand in Hand gebe mit der Weigerung Israels, sich an einem politischen Friedensprozess zu beteiligen; überdies sei die Behauptung, dass Israels Existenz bedroht sei, sollte Iran in den Besitz von Atomwaffen kommen, eine Lüge. [...] Makhouls Vorschlag: „Wenn Israel nicht nach Helsinki kommt, dann ist es die Aufgabe progressiver Israelis, Helsinki nach Israel zu bringen. Deshalb bauen er und Andere eine israelische Bewegung für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone auf und planen für März 2013 ein Treffen in Haifa. [...]

*Quelle: [www.atomwaffenfrei.wordpress.com](http://www.atomwaffenfrei.wordpress.com) (Xanthe Hall) - 22.12.2012*

## Gesellschaftliche Initiativen für Politik statt Krieg!

Zusammenfassung des Abschlussplenums auf dem Kasseler Friedensratschlag am 2.12.2012



Zu Beginn der Diskussion verwies Lühr Henken als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag auf die anschwellende, bisher noch nie dagewesene Flut an Rüstungsexporten. Es gebe bei Bundeskanzlerin Merkel den Grundsatz: Wenn die Bundesrepublik davor zurückschreckt, sich militärisch zu engagieren, dann heißt das nicht, sich zurückzuhalten, sondern sich auf anderer Ebene zu beteiligen, vor allem durch Waffenlieferungen. Frühere Grundsätze werden dazu beiseite geschoben, Menschenrechte in den Zielländern 'laufen unter "ferner liefern"'. Die Hälfte aller Waffenexporte ging 2012 ausgerechnet an das repressive Saudi-Arabien.

Jährlich gebe es weltweit ca. 400.000 Tote durch Kleinwaffen, bei denen Deutschland führender Waffenexporteur ist. 2011 wurde bekannt, dass Heckler & Koch in Saudi-Arabien eine Fabrik für ihr Sturmgewehr G-36 errichtet.

Lühr Henken verknüpfte diese Hinweise mit der Forderung, dass die deutsche Friedensbewegung gegen die Waffenexport-Politik noch aktiver werden müsse. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehne schließlich auch die Rüstungsexporte ab. Die Propaganda der Rüstungslobby, dass die Waffenproduktion ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sei, stehe zudem im Widerspruch dazu, dass nur 0,3% aller Beschäftigten dort tätig sind. Ihr Ver-

schwinden wäre volkswirtschaftlich verkraftbar, weshalb Konversionskonzepte gefördert werden müssten, wozu der Bundesausschuss Friedensratschlag jetzt einen eigenen Arbeitskreis eingerichtet hat. Mit der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei - stoppt den Waffenhandel“ zeigen sich zwar viele gute Ideen des Widerstandes, aber leider bei zu wenig aktiv Beteiligten. Der Kampf gegen Rüstungsexporte habe zudem nicht nur einen ethischen, sondern auch einen antimilitaristischen Hintergrund. Wenn es uns gelinge, den Anteil der Exporte an der deutschen Rüstungsproduktion von 70% auf 0% zu drücken, dann sei die deutsche Rüstungsindustrie nicht mehr lebensfähig.



Sevim Dagdelen (MdB Die Linke) verwies auf die Fülle der gesellschaftlichen notwendigen Handlungsfelder gegen die Militarisierung, denen man mittlerweile kaum noch nachkommen

könne: Den Afghanistan-Krieg seit mehr als 11 Jahren, die Bundeswehr-Präsenz in Kosovo, die „Piratenjagd“ am Horn von Afrika, neu hinzukommend ein Bundeswehr-Einsatz in Mali und die Stationierung von deutschen Patriot-Raketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien.

Angesichts dieser vielen Handlungsfelder ergebe sich eine Lähmung der Friedensbewegung durch Zweifel an der Mobilisierungsfähigkeit. Dieses erfolge ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wo die Auseinandersetzungen um Syrien und den Iran dieses mehr denn je erfordern würden.

Die Gründe für die Schwäche bzw. Methodik der Schwächung der Friedensbewegung im Land verortete Sevim Dagdelen in dem staatlichen Konzept "Vernetzte Sicherheit". Dieses beinhalte auch eine Ausrichtung auf die Gesellschaft als Ganzes, in der diese Politik propagandistisch durchgesetzt werden soll. Markant dabei sei auch, dass die neuen Kriege keinen bestimmten Anfang haben, d.h. wenn darüber diskutiert wird, haben sie längst begonnen. Das zeige sich auch an dem jüngsten Beispiel der Patriot-Raketenstationierung: Hier würde der Rückzugsraum für Dschihadisten in Syrien militärisch abgesichert.

Die Bundesregierung wolle uns klarmachen, dass wir von scheiternden Staaten bedroht werden, was durchweg völkerrechtswidrig sei und Bürgerkriege erst recht anfache. Die Bevölkerung wird dazu mit manipulierten Nachrichten und wohlfeilen Parolen wie "adopt a revolution" eingulult.

Als Anknüpfungspunkt zum Durchbrechen der Medien-Manipulation benannte Sevim Dagdelen die Unterstützung von Whistleblowern, z.B. WikiLeaks. Wichtig seien dazu aber auch Überlegungen, wie man diese besser schützen könne, was der Fall Bradley Mannings zeige.

Auch das allgemein vorhandene Unverständnis über den EU-Friedensnobelpreis könne dazu genutzt werden, um die weitere EU-Aufrüstung kritisch infrage zu stellen.

Lena Sachs von der Initiative „Schulfrei für die Bundeswehr“ ging auf die stark zunehmende Militarisierung der Gesellschaft ein, die sich vor allem an der Bundeswehrpräsenz in Schulen zeige. Eine Zusammenarbeit der Bundeswehr bestehe im Prinzip bereits seit deren Gründung, hat aber in den letzten Jahren einen Höhepunkt erreicht durch mittlerweile 8 Kooperationsabkommen von Kultusministerien der Länder. Ebenso wie diese quantitative Zunahme der Bundeswehrpräsenz gehe es gleichermaßen auch um die inhaltliche Ausrichtung der Jugendoffiziere, die von einer Alternativlosigkeit des Militärs ausgehen. Die Bundeswehr soll zum selbstverständlichen Teil des Alltags gemacht werden und damit zur Militarisierung der Gesellschaft beitragen.

Derzeit formiere sich eine Protestbewegung mit großem Potenzial, obwohl diese sicher noch in den Kinderschuhen stecke. Bundesweit gebe es 6 Schulen, die sich explizit als militärfreie Zonen entschieden haben, wobei diese hoffentlich nur als Vorreiter angesehen werden sollten. Im September 2012 fand die erste Aktionswoche für militärfreie Bildung statt. Etwa 100 Organisationen haben diese unterstützt, neben zahlreichen Jugendorganisationen u.a. auch Gewerkschaften, d.h. mit einer sehr breiten gesellschaftlichen Basis. Hierzu wurden regionale Bündnisse neu gegründet, die auch weiterhin aktiv seien.

Jutta Sundermann von attac verweise auf den derzeitigen Schwerpunkt ihrer Organisation zu Verteilungsfragen. Diese ergäben sich vor allem als Auswirkungen der Globalisierung, wie z.B. das weltweite Landgrabbing. Damit gehe es letztlich auch um Probleme, die kriegerische Konflikte provozierten.

Entsprechend der Situation in vielen anderen Ländern ergäbe sich auch in Deutschland eine Situation mit hoher Staatsverschuldung bei gleichzeitig sehr hohen Vermögenswerten. Da Deutschland insgesamt immer noch von der globalen Krise profitiere, sei es schwierig, hier Leute zu mobilisieren. Eher angesagt seien bei uns hingegen Populismus und National-Chauvinismus.

Bilanziert wurde von Jutta Sundermann die wichtige Rolle von attac bei zwei unterschiedlich gelagerten Bündnissen: „Blockupy“ und „Umfairteilen“.

Das bisher auf die Bankenmetropole Frankfurt konzentrierte Bündnis „Blockupy“ versteht sich als Plattform der internationalen Solidarität gegen die Austeritätspolitik und soll im neuen Jahr mit neuen Aktionen fortgesetzt werden. Neben Frankfurt sind dabei auch andere europäische Städte in der Diskussion.

Das Bündnis "Umfairteilen" in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Sozialverbänden sei deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit auch Leute erreicht würden, die nicht dem politischen Umfeld von attac zugeordnet werden könnten. Lokale Initiativen sind hierbei in mehr als 50 Städten entstanden, was es fortzusetzen gilt.

Von Sabine Schiffer als Moderatorin wurde die Frage gestellt, inwieweit es trotz aller benannten Schwierigkeiten Gründe für persönlichen Optimismus gebe.

Lühr Henken nannte dazu neben den bereits genannten Aktivitäten zu Waffenexporten die auch bei anderen Themen anwachsende Sensibilität. Zum einen benannte er hierbei das Thema Uranwaffen, wo trotz aller Vertuschungsversuche die gesundheitsschädigenden Wirkungen mit drastisch erhöhten Krebserkrankungen und genetischen Schädigungen bei Neugeborenen immer mehr wahrgenommen würden, auch wegen der drohenden globalen Verteilung des Uranstaubes. Mit einer Verbreiterung der bisher in Deutschland vom IPNW getragenen Kampagne sei deshalb zu rechnen.

Zum anderen formiere sich gegen die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen immer mehr Widerstand, auch wenn dieser noch in den Anfängen sei.

Lena Sachs begründete ihren Optimismus damit, dass man sich einerseits natürlich ohne Naivität den Herausforderungen stellt, aber auch einen Blick dafür haben müsse, dass – wie im Widerstand gegen die Bundeswehrpräsenz an Schulen – auch vieles gelingen kann, wenn man sich einmischt.

Sevim Dagdelen sieht die benannten Aktivitäten als Sand im Getriebe des Kapitalismus und grundsätzlich immer dann gute Erfolgsaussichten, wenn man daran anknüpft, wo es Unbehagen und Kritik gibt, wie aktuell bei dem geplanten Drohneneinsatz der Bundeswehr. Dieses hat besondere Bedeutung dadurch, dass hiermit der Umfang an unerklärten Kriegen drastisch zunehmen kann.

Wichtig sei auch, dass der Protest gegen die Eskalation an der türkisch-syrischen Grenze nicht nur von türkischen und kurdischen Migrantenorganisationen getragen werde, die bereits seit Monaten gegen die von der türkischen Regierung betriebene militärische Eskalation u.a. mit Mahnwachen protestiert haben.

Karl-Heinz Peil

Demonstration und Kundgebung  
Samstag, 2. Februar 2013 in München -  
Gegen die NATO-Sicherheitskonferenz



# Schwerpunkte der friedenspolitischen Arbeit 2013

des Bundesausschusses Friedensratschlag

## 1 Den Afghanistan-Krieg sofort beenden – zivil helfen:

Der von der NATO für Ende 2014 in Aussicht gestellte Abzug von Kampftruppen aus Afghanistan stellt keine wirkliche Abzugs- und Friedensperspektive dar. Denn auch über dieses Datum hinaus strebt die NATO mit deutscher Beteiligung eine langfristige Truppenpräsenz an. Auch die von der Bundesregierung angekündigte Reduzierung der deutschen Truppen auf 3.300 Soldaten bis Februar 2014 ist eher ein Wahlkampfmanöver denn eine Trendumkehr.

*Wir fordern den Stopp aller Kampfhandlungen. Die Bundeswehr muss sofort und bedingungslos aus Afghanistan abgezogen werden. Dadurch frei werdende Mittel sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Auslandseinsätze sind zu beenden. Wir werben weiterhin für den gemeinsamen Unterschriften-Appell der Friedensbewegung: „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen!“*

## 2 Den Krieg in Syrien stoppen – militärische Einmischung beenden:

Die Eskalation der militärischen Gewalt in Syrien kann nur gestoppt werden, indem die offene und verdeckte Einmischung von außen beendet und alle Waffenlieferungen unterbunden werden. Die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines jeden Landes ist ausschließlich die souveräne Angelegenheit seiner Bevölkerung. Hingegen heizen die unter Bundeswehr-Beteiligung erfolgende Entsendung von Patriot-Raketen und fliegenden AWACS-Kommandoplattformen in die Türkei den Bürgerkrieg weiter an. Damit steigt auch das Risiko eines kriegerischen Flächenbrandes für die gesamte Nahostregion.

*Wir fordern: Die Sanktionen gegen Syrien, die Unterstützung bewaffneter Oppositionskräfte und die Interventionsdebatte in internationalen Gremien müssen beendet werden. Der Einsatz der UN für eine Waffenruhe und eine Verhandlungslösung muss unterstützt werden.*

## 3 Keine NATO-Komplizenschaft mit der Türkei:

Im Windschatten des Konfliktes in Syrien hat die Türkei ihre Repressionsmaßnahmen gegen die Kurden massiv verstärkt. Zum Alltag in der Türkei gehören immer mehr willkürliche Verhaftungen, Verfolgung von unabhängigen Journalisten, militärische „Strafaktionen“ in Kurdengebieten, Aberkennung der Immunität, ja sogar der Mandate frei gewählter Parlamentsabgeordneter. Außenpolitisch strebt die Erdogan-Regierung eine hegemonale Rolle in der Region an, die sie auch militärisch begründen will. Dazu braucht sie die Unterstützung der NATO, was unter anderem mit dem Aufbau des Patriot-Raketensystems an der Grenze zu Syrien erfolgt.

*Wir fordern: Keine Lieferung von Kampfpanzern und anderen Waffen, die gegen die kurdischen Bevölkerungsgruppen und die Opposition in der Türkei eingesetzt werden können. Wir unterstützen Aktionen in Deutschland, die sich für die Menschenrechte der Kurden in der Türkei einsetzen.*

## 4 Kein Krieg gegen Iran:

Belege für einen „Griff nach der Bombe“ durch den Iran gibt es bis heute nicht. Dennoch haben die USA und die EU die Sanktionen gegen Iran in einer Weise verschärft, die nicht nur die Zivilbevölkerung im Iran auf unerträgliche Weise belastet, sondern auch immer näher an einen Krieg heranführt.

*Wir fordern: Die von Israel ausgehende Debatte über einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Iran muss beendet werden. Die Sanktionen gegen den Iran müssen aufgehoben und souveräne Rechte des Landes respektiert werden. Wir unterstützen den von der UNO initiierten Prozess zur Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen und Mittleren Osten.*

## 5 Das Existenzrecht der Palästinenser anerkennen:

Der Israel-Palästina-Konflikt hat eine Schlüsselrolle nicht nur für einen Frieden im gesamten Nahen Osten, sondern auch für den Weltfrieden. Solange aber die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten ausgebaut und den Palästinensern immer mehr die Existenzgrundlagen entzogen werden, schwinden

auch die Hoffnungen auf einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

*Wir fordern: Die Bundesregierung muss ihre Einflussmöglichkeiten gegenüber der israelischen Politik einbringen, damit diese zu konstruktiven Verhandlungen mit den Palästinensern bereit ist und Palästina als vollwertiger Staat in die UNO aufgenommen werden kann.*

## 6 Keine Konflikteskalation durch Raketenabwehr:

Der seit Jahrzehnten mit großem Aufwand betriebene Versuch der USA zur Errichtung von Raketenabwehrsystemen fördert das Wettrüsten und damit die Kriegsgefahr. Die sich bedroht fühlenden Staaten wie Iran, China, Nordkorea und Russland vergrößern deshalb ihre militärischen Anstrengungen, um einer Erpressung zu entgehen.

*Wir fordern den Stopp des Aufbaus eines Raketenabwehrsystems in Europa und umfassende Abrüstungsverhandlungen unter Einbeziehung von ballistischen Raketen, Marschflugkörpern, (Kampf-)Drohnen und Weltraumwaffen.*

## 7 Atomwaffen abschaffen:

Entgegen den Absichtsbekundungen in den letzten Jahren – u.a. auch von US-Präsident Obama – werden keine neuen Schritte zur atomaren Abrüstung unternommen, sondern im Gegenteil Modernisierungsprogramme für die bestehenden Atomwaffenarsenale aufgelegt. Damit würden Optionen für deren gezielte Einsatzfähigkeit geschaffen, die zu neuen Kriegsgefahren und katastrophalen humanitären Konsequenzen führen können.

*Wir fordern eine vollständige atomare Abrüstung mittels eines weltweiten vertraglichen Verbots von Atomwaffen, die auch die zivile Nutzung der Nuklearenergie beendet. Die Bundesregierung muss entsprechend bisherigen Absichtsbekundungen den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen durchsetzen.*

## 8 Neue Waffentechnologien verbieten:

Der Einsatz von panzer- und bunkerbrechenden Waffen mit abgereicherten Uran (DU-Munition) hat im Irak, in Bosni-

en, Kosovo und in Afghanistan zu einem teilweisen dramatischen Anstieg von Krebsraten und Missbildungen durch Genmutationen geführt, was mit Langzeitwirkungen für künftige Generationen verbunden ist. Kriegsroboter und Kampfdrohnen senken die Schwelle zum Krieg, machen ihn unsichtbar, geräuschlos und terrorisieren die Zivilbevölkerung.

*Wir fordern: Uranmunition, (Kampf-)drohnen und andere „unkonventionelle“ Waffensysteme müssen weltweit geächtet werden. Die Bundesregierung muss auf die Einführung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verzichten.*

### **9 Gegen das Kriegsbündnis NATO – für UNO-Charta und Völkerrecht:**

Der anachronistische Fortbestand der NATO dient der militärischen Absicherung imperialer Interessen und bestehender weltweiter Ungleichgewichte. Der NATO ist es in den letzten Jahren auch zunehmend gelungen, den UN-Sicherheitsrat für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

*Wir fordern: Die unheilvolle Rolle der NATO in der Welt muss stärker in der Öffentlichkeit thematisiert werden. Es gilt, die NATO als Kriegsbündnis zu delegitimieren. Demgegenüber müssen die demokratischen und zivilen Strukturen der Vereinten Nationen (von der UN-Generalversammlung bis zu den zahlreichen humanitären Unterorganisationen (z.B. UNESCO, UNICEF) gestärkt werden. Bei drohenden oder schon existierenden Gewaltkonflikten muss nach den Regeln des Völkerrechts und der UNO-Charta mit ihrem strikten Gewaltverbot verfahren werden.*

### **10 Nein zur EU als Militärunion:**

Die Europäische Union ist entgegen dem ihr zuerkannten Friedensnobelpreis alles andere als ein Friedensprojekt. Sie hat die Verpflichtung zum militärischen Beistand und zur Aufrüstung ihrer Mitglieder in ihre Verfassung aufgenommen und hält sich „Battle-Groups“, um schnell außerhalb ihres Territoriums militärisch eingreifen zu können. Flüchtlinge werden brutal an den EU-Außengrenzen abgewiesen, eine „Festung Europa“ abgeschottet.

*Wir fordern die atomare und konventionelle Abrüstung der EU-Staaten und die Auflösung der „Battle Groups“.*

*Die EU darf nur eine Zukunft als Zivilmacht, nicht als Militärmacht haben.*

### **11 Keine Interventionsarmee Bundeswehr:**

Die „Neuausrichtung“ der Bundeswehr zielt auf weltweite Interventionsfähigkeit zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen deutscher und internationaler Konzerne. Gemäß dem Grundgesetz und im Einklang mit dem Gewaltverbot der UN-Charta darf aber eine Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung dienen. Darüber hinaus wird durch das im August 2012 erfolgte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auch ein militärischer Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglicht.

*Wir fordern: Die Transformation der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ ist zu beenden. Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramme zur Herstellung weltweiter Interventionsfähigkeit sind ebenso zu stoppen, wie die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inneren als „Heimatschutz“. Da die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht bedroht wird und „nur von Freunden umgeben ist“, fordern wir die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer vollständigen Abschaffung.*

### **12 Für internationale Solidarität statt Ressourcen-Ausbeutung:**

Letztlich hängen alle weltweiten Konflikte direkt oder indirekt mit dem Zugriff auf Rohstoffe, Wasser und Nahrungsmittel sowie deren Verteilung zusammen. Durch die deutsche und EU-Rohstoffstrategie wird der Zugriff auf Ressourcen anderer Länder mit wirtschaftlicher Erpressung und militärischen Mitteln forciert. Weltweite Unterschiede, wirtschaftliche Ausbeutung, Unterentwicklung und Unterernährung werden dadurch verschärft.

*Wir fordern: Die weltweit verfügbaren Ressourcen müssen menschenfreundlich, ökologisch, nachhaltig, dem Klimaschutz und den Bedürfnissen der Erzeugerländer verpflichtend genutzt werden. Nur so können Konflikte und Kriegsursachen sowohl regional wie auch global beseitigt werden.*

### **13 Schluss mit Rüstungsexporten – Umstellung auf zivile Produktion:**

Deutschland ist mittlerweile zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur angestiegen. Im Angebot der Exporteure des

Todes befinden sich „Kleinwaffen“ (das sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen moderner Bürgerkriege), Panzer zur Aufstandsbekämpfung, Kriegsschiffe und atomwaffenfähige U-Boote u.v.a.m.

*Wir fordern ein Verbot jeglichen Rüstungsexports. Auflage eines öffentlichen Konversionsprogramms, das auf ausgearbeitete Konzepte aus der Wissenschaft zurückgreifen kann und die berechtigten Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten berücksichtigt.*

### **14 Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft:**

Seit Aufhebung der Wehrpflicht gibt es eine ideologische Offensive der Bundeswehr, die sich heute in Kommunen, an Schulen, Messen („Karrieretreffs“), Volksfesten oder bei Gelöbnissen und Zapfenstreichen manifestiert. Zugleich verstärken Rüstungsfirmen und Verteidigungsministerium ihren Einfluss auf staatliche Hochschulen und private Forschungseinrichtungen.

*Wir fordern: Kooperationsverträge Bundeswehr-Schule auf Länderebene sind aufzuheben, Zivilklauseln an Hochschulen sind zu respektieren und Kooperationen mit Rüstungsunternehmen zu beenden. Friedenserziehung – und -forschung sind zu fördern. Jeglicher öffentlichen Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst ist entgegen zu treten.*

### **15 Gegen Neonazismus und Demokratieabbau:**

Die Neonazis von heute stehen in der unheilvollen Tradition von Faschismus, Rassismus und Krieg. Jahrelang konnte eine Neonazi-Gruppe ausländische Mitbürgerinnen terrorisieren und ermorden – vermutlich mit Wissen des Verfassungsschutzes. Viele Morde und Terroranschläge – wie z.B. das Oktoberfest-Attentat 1980 in München – wurden bis heute nicht aufgeklärt.

*Wir fordern: Neonazi-Aktivitäten sind zu unterbinden und die Rolle des Verfassungsschutzes – auch bei früheren Terroranschlägen – muss lückenlos aufgeklärt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz ist ersatzlos aufzulösen. Die Friedensbewegung beteiligt sich weiter aktiv am Kampf gegen Nazipropaganda, Fremdenfeindlichkeit und jede Form von Rassismus.*



## **Aufruf zum Ostermarsch in Stuttgart: Zukunft braucht Frieden – auch in Syrien. Schluß mit der Kriegspolitik!**

Das neue Jahr 2013 begann mit einem neuen, gefährlichen Einsatz der Bundeswehr: Der Aufmarsch der Patriot Raketeinheiten der Nato und der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze ist ein Schritt in den Krieg. Damit hat sich Deutschland zur Kriegspartei im syrischen Bürgerkrieg und im von der Türkei offen provozierten militärischen Konflikt mit Syrien gemacht.

Der Öffentlichkeit wird dieser neue Akt der Kriegsbeteiligung mit der offenen Lüge verkauft, der Natostaat Türkei müsse gegen eine drohende syrische Aggression verteidigt werden. Jeder weiß, dass Syrien weder Interesse noch die militärischen Möglichkeiten hat, die Türkei zu bedrohen. Es verhält sich gerade umgekehrt: Das türkische Parlament hat die Regierung zum Krieg gegen Syrien ermächtigt. So dient ein weiteres Mal der Aufmarsch der NATO und der Bundeswehr nicht der Verteidigung, sondern der militärischen Aggression, diesmal gegen Syrien. Die Flugabwehrraketen machen nur Sinn, um ein Aufmarschgebiet in der Grenzregion für den Krieg gegen Syrien zu schaffen.

Nach dem Willen der Bundesregierung und den Beschlüssen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Bundestages wird die Bundeswehr bei diesem jetzt vorbereiteten Krieg an vorderster Front dabei sein. Wieder wird Außenpolitik mit militärischen Mitteln gemacht, gießt die Bundesregierung zusätzlich Öl ins Feuer. Wieder soll sich die Logik des Krieges durchsetzen. Alle, die sehen können, wissen in welche Katastrophen diese Art von militärisch gestalteter Politik führt:

In Afghanistan ist aus dem sogenannten „Stabilisierungseinsatz“ längst und vorhersehbar ein Krieg ohne Ende geworden. Statt ihn durch den vollständigen Abzug der Bundeswehr und der Nato endlich zu beenden, werden immer neue Versuche gemacht, ihn zu verlängern. Afghanistan beweist, dass die Logik des Krieges und der Militärinterventionen unabwendbar zu immer mehr Krieg, Toten, Verletzten, Armut und Elend führt. In Syrien ist aus regierungskritischen Protesten inzwischen ein blutiger Bürgerkrieg geworden. Statt friedlicher Vermittlung arbeitet die westliche Staatengemeinschaft offenkundig auf einen militärischen Sturz der Regierung hin. Rebel-

len werden von den religiös-fundamentalistischen Golfmonarchien mit Waffen und dschihadistischen Kämpfern versorgt und von den Staaten des Westens politisch und mit militärischer Infrastruktur unterstützt. Die türkische Armee steht an der syrischen Grenze zum militärischen Eingreifen bereit - unterstützt von der Nato und der Bundeswehr.

Die Kriegsdrohungen gegen Iran und die unverhüllten Versuche, auch in Syrien einen Sturz der Regierung mit Gewalt herbeizuführen, können einen gefährlichen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen – mit verheerenden Folgen für die Menschen in der Region, mit unkontrollierbaren Kettenreaktionen für die krisengeschüttelte Weltpolitik und für das Völkerrecht.

Statt dem Willen und den Interessen der Bevölkerung zu folgen, statt mit Friedensinitiativen Deeskalation zu befördern setzt die deutsche Regierung auf immer neue Militärinterventionen.

Die Bundeswehr wird nicht nur in eine globale Interventionsarmee „transformiert“, sie soll auch im Inneren eingesetzt werden. Neue Waffen (z.B. Kampf-drohnen) sollen die Kriegführung auch der Bundeswehr effektiver machen. Rüstungsexporte tragen zur weiteren Aufrüstung regionaler Krisenregionen und der ganzen Welt bei. Die Allianz aus Konzernen, etablierter Politik, Militär und Mainstream-Medien bedrohen Frieden und Demokratie. Mit milliardenschwerer Aufrüstung, Militäreinsätzen, Nationalismus und neokolonialistischer Anmaßung werden die Konflikte noch weiter verschärft.

Auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist eine zunehmende Militarisierung der deutschen Gesellschaft erkennbar. Die Bundeswehr nutzt die schwierige soziale Situation und die mangelnden Zukunftsperspektiven vieler Jugendlicher, um sie für den Dienst an der Waffe

## **Ostermarsch 2013: Karsamstag, 30. März, Stuttgart voraussichtlich 13 Uhr, Lautenschlagerstr.**

## **Zukunft braucht Frieden. Schluß mit der Kriegspolitik!**

und dem damit verbunden Einsatz in den Krisengebieten der Welt zu gewinnen. Sie wirbt auf Messen und Volksfesten, in Jobzentren und vor allem an Schulen und in der Lehrerbildung um Nachwuchs und um Akzeptanz für militärische Lösungen. Friedenspolitik sieht anders aus. Waffenstillstand – restloser Abzug aller Truppen – politische Verhandlungen – wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Das sind die entscheidenden Hebel zur wirklichen Lösung von Gewaltkonflikten – überall auf der Welt. Krieg ist keine Lösung – auch nicht in Zeiten ökonomischer Krisen!

Uns verbinden die Visionen von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Aufklärung und der Völkerverständigung, von einer Bundesrepublik, von deren Boden nicht weiter Krieg ausgeht. Deshalb gehen wir an Ostern wieder auf die Straße, für

- den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und der Türkei, aus allen Krisen und Kriegsgebieten.
- Ein vollständiges Waffenembargo für alle Krisengebiete, vollständiger Verzicht auf Rüstungsexporte, Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte.
- Respektierung und strikte Einhaltung des Völkerrechts, allem voran des Gewaltverbots und des Gebots der staatlichen Nichteinmischung
- Abrüstung und Verkleinerung der Bundeswehr.
- militärfreie Schulen, Kündigung des Kooperationsabkommens Schule – Bundeswehr, Verbot von Rüstungsforschung an den Hochschulen
- Auflösung der NATO
- Eine atomwaffenfreie Welt - alle Massenvernichtungswaffen müssen geächtet und deren Verbreitung gestoppt werden.
- Internationale Solidarität und gleichberechtigte Zusammenarbeit, statt Kampf um Rohstoffe, Transportwege, Märkte und Einflusszonen.

**Krieg verbrennt unsere Welt! Deshalb rufen wir auf zum Ostermarsch für den Frieden.**

